№ 15 Donnerstag, den 19. Januar 1911

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842. Bezirks-Anzeiger 70. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Roßberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. E. Roßberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, monatlich 50 ₰. Trägerlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 ₰, früherer Monats 10 ₰. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. Fernsprecher 51. **Telegramme:** Tageblatt Frankenbergsachsen.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, bei Lokal-Anzeigen 12 ₰; im amtlichen Teil pro Zeile 40 ₰; „Eingesandt" im Redaktionsteile 35 ₰. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 ₰ Extragebühr berechnet. **Inseraten-Annahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Bekanntmachung.

Nach Vollendung des Wahlverfahrens besteht der **Gesamtkirchenvorstand** der Parochie Frankenberg zur Zeit aus folgenden Mitgliedern, der Herren: Oskar Ewald **Roßbach**, Postdirektor a. D., Friedrich Hermann **Nüßmann**, Privatmann, Karl Robert **Nestler**, Baumeister und Stadtrat, Heinrich Wilhelm **Birkner**, Inspektor a. D., Gregor Julius **Hunger**, Zigarrenfabrikant, August Robert **Lißner**, Verlager, Georg **von Sardenberg**, Rittergutsbesitzer und Oberstleutnant, Louis Karl **Burkhardt**, Bürgerschuldirektor, Dr. jur. Arno **Irmer**, Bürgermeister, Dr. jur. Edmund Amand **Böhr**, Amtsgerichtsrat, P. Paul Eduard **Meier**, Archidiakonus, P. Karl Johann **Seil**, Diakonus, Arthur **Schieck**, Kommerzienrat, Ernst Otto **Eichler**, Oberlehrer, sämtlich aus der Stadt; ferner Karl Eduard **Kuhn**, Gemeindevorstand in Mühlbach, Friedrich Ferdinand **Fischer**, Gemeindevorstand in Hausdorf, Georg Ewald **Bunge**, Mühlenbesitzer in Gonnersdorf, Ernst Alfred **Grundmann**, Vorwerksbesitzer in Dittersbach, Karl Gotthold **Barthel**, Gutsbesitzer in Rendörfchen und dem **Unterzeichneten** als Vorsitzenden.

Frankenberg, am 17. Januar 1911.

Der Kirchenvorstand.
Oberpfarrer **Ehmer**, Vorsitzender.

Portugal.

Eine schwere Krisis hatte die Republik jetzt durchzumachen. Der große Eisenbahnerstreik hat dem Lande nicht nur schwere Wirren, sondern auch großen wirtschaftlichen Schaden gebracht, und war überdies geeignet, die Autorität des jetzigen Regimes auf das Stärkste zu erschüttern. Eine Reihe von Tagen stockte aller Verkehr, und die Regierung glich jenem Greise, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. Im Grunde genommen war das jetzige Regiment an der Zuspitzung der Lage nicht ganz ohne eigene Schuld. Man hatte ursprünglich der Arbeiterschaft weitgehende Versprechungen gemacht, und als diese nun auf deren Erfüllung bestanden, wußten die Machthaber weder ein noch aus und mußten die Hände in den Schoß legen, da die Arbeiter die Geduld verloren und nicht länger warten wollten. Mit der Lahmlegung des Verkehrs glaubte man am schnellsten zum Ziele zu kommen, aber man vergaß dabei, daß es sich beim Eisenbahnwesen um ganz andere Dinge handelt, als bei industriellen Unternehmungen, wo ein Streik wohl schweren Schaden bringen, die Gesamtheit aber kaum treffen kann.

Das Schauspiel, welches der große französische Eisenbahnerstreik bereitete, kehrte wieder, nur, daß nicht die Regierung es war, welche mit energischer Hand eingriff, sondern das Volk selbst, welches der trostlosen Zustände müde war und selber eingriff. Man muß sich darüber wundern, daß das portugiesische Volk der Untätigkeit der Regierungskreise so ruhig zugesehen und ihr Mütchen nicht an den Machthabern selbst gekühlt hat, indem man diese zum Rücktritt zwang. Man ist dabei von der Erwägung ausgegangen, die Situation nicht noch mehr zu verschlimmern, indem man noch eine Regierungskrisis heraufbeschwor, weil man befürchtete, daß dadurch die junge Staatsform noch mehr erschüttert werden könnte. Von diesem Standpunkt aus ist die Haltung der Bevölkerung sehr anerkennenswert gewesen, wie man denn die Streiks der verschiedenen Arbeiterorganisationen in keiner Weise unterstützte. Man sagt sich, daß zweifellos Einflüsse am Werke sind, um die Gelegenheit eventl. zu einem Schlage gegen das jetzige Regime zu benützen.

An und für sich mag es ja richtig sein, daß die seit Wochen herrschende Gärung sich nicht gegen die republikanische Regierungsform an sich wendet, gleichwohl aber liegt es nahe, anzunehmen, daß die Gegner nicht ermangeln, unter solchen Umständen für ihre Zwecke zu arbeiten und den Moment der Verstimmung auszunutzen. Das letzte Königshaus hat im Hinblick auf das Verhalten seiner Mitglieder schwerlich Aussichten, nach Portugal wieder zurückzukehren, dagegen sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß die Anhänger der Braganza eine lebhafte Tätigkeit entfalten, in dem Glauben, daß jetzt ihr Weizen blühen könne. Ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird, steht dahin, die Wahrscheinlichkeit hierfür ist keine allzu große, andererseits aber steht es außer Frage, daß noch manche Stürme über Portugal hinweggehen werden, ehe die dortigen Verhältnisse sich in vollem Umfang gefestigt haben. Die jetzigen Regierungsmänner mögen ja an sich recht brave Leute sein und es mit ihrem Mutterland aufrichtig meinen, die letzten Wochen haben aber gezeigt, daß sie alles andere sind, als energische Staatsmänner. In schwierigen Zeiten bedarf ein Land aber gerade solcher Persönlichkeiten, und im Interesse Portugals wäre es zu wünschen, daß dort solche erstehen.

Vom Reichstag.

109. Sitzung am 17. Januar mittags 1 Uhr.

Die Geschäftsordnungskommission beantragt, der Uebelichkeit des Hauses gemäß, die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Carstens (Fortschr. Vp.) in einem Privatbeleidigungsverfahren nicht zu erteilen. — Abg. Dormann (F. Vp.) beantragt dagegen Genehmigung im Interesse des Abg. Carstens, der selber darum gebeten habe.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Zuwachssteuergesetzes. — Abg. Dörksen (Reichsp.) erklärt die Zustimmung des überwiegenden Teiles seiner politischen Freunde zur Vorlage im Interesse der Veteranen. Es sei nicht richtig, daß die Vorlage einseitig agrarisch sei, aber man könne den ländlichen Grundbesitz doch nicht genau so behandeln wie den städtischen. — Abg. Sendo (Pole) erklärt, daß seine Fraktionsfreunde der Vorlage mit gemischten Gefühlen gegenüberständen. Die Scheidung des unverdienten Wertzuwachses von dem durch redliche Arbeit verdienten wird sich nicht durchführen lassen. Der Redner bekämpft u. a. insbesondere den § 22 der Vorlage, wonach die Landesbehörden Steuerfreiheit gewähren. Die Polen würden durch Zustimmung hierzu direkt die preußische Ansiedelungspolitik unterstützen. — Abg. Raab (Wirtsch. Vg.): Wir können ohne große Bedenken das Gesetz machen, auch wenn verfehlte Bestimmungen darin seien sollten, denn in einigen Jahren wird ja doch eine Revision notwendig werden. Auf Grund der großen Masse von Abänderungsanträgen, die vorliegen, wird sich hoffentlich zwischen zweiter und dritter Lesung eine Verständigung erzielen lassen. — Abg. Werner (Resp.) ist gleichfalls für die Vorlage und verlangt eine Ergänzung durch eine Zuwachssteuer auch für das mobile Kapital. — Abg. Dr. Südekum (soz.): Wir lehnen alle Abschwächungen ab. Wir wollen eine wirkliche Besitzsteuer und keine Altrappe, wie sie der schwarz-blaue Steuerblock für seine Blamen braucht.

Schatzsekretär Wermuth ersucht, alle Anträge abzulehnen, die auf Erhöhung für die Steuerfreiheit abzielen. An und für sich liege überhaupt keine Veranlassung vor für irgendwelche Befreiung. — Abg. Dr. Neumann-Hofer (F. Vp.): Der Gedanke der Wertzuwachssteuer ist ja glücklicherweise zum Allgemeingut geworden, die wirkliche Besitzsteuer ist aber die Erbanfallsteuer. Die beantragten Abschwächungen bringen die Gefahr, daß ein wirklicher Steuerertrag überhaupt nicht mehr erzielt wird. Und die meisten der Abschwächungsanträge kommen noch von den Vertretern der Mehrheitsparteien, die die Verantwortung dafür tragen sollten, daß die Steuer etwas bringt.

Abg. Vogel (natl.) erörtert die Vorlage besonders vom Standpunkt der Industrie, der man neue Lasten nicht mehr auferlegen solle, und verlangt insbesondere die Freilassung der Bergwerksanteile. — Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) ist gleichfalls der Ansicht, daß der Bergbau nicht in dieses Gesetz gehört. Eine solche zweite Lesung, wie diese, ist noch nicht erlebt worden. Ich verstehe die Konservativen und das Zentrum nicht, daß sie den Grundbesitz noch belasten wollen. Der Schatzsekretär wird schon findig genug sein, neue Finanzquellen für die Veteranen zu eröffnen. Je länger sich die Debatte hinzieht, desto schwieriger wird die Sachlage. (Zustimmung.) — Staatssekretär Wermuth: In drei Lesungen hören wir immer wieder dieselben Argumente. Die Stellung Dr. Arendts wundert mich, da er für die Vorlage von 1909 gestimmt hat, obwohl sie dreimal so scharf gewesen, wie die jetzige. Auf Grund meiner parlamentarischen Erfahrungen muß ich sagen, daß mir noch kein Gesetz vorgekommen ist, bei dem nicht von dieser oder jener Seite behauptet wurde, so etwas Schlechtes sei noch nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Durch Ausführungsbestimmungen und persönliche Belehrung soll die Handhabung des Gesetzes erleichtert werden. Die Nachricht, daß die Zahl der Senate des Verwaltungsgerichtshofs wegen dieses Gesetzes verdoppelt werden muß, ist unrichtig. Wir sind bestrebt gewesen, die Einnahmen so genau und so vorsichtig zu schätzen, wie nur möglich, und wenn wir gefunden haben, daß es noch einer Deckung des Bedarfs für Heer und Veteranen bedarf, so kann man an dieser Tatsache auf keine Weise vorbei. — Abg. Graf Westarp (kons.) gibt die Erklärung ab, daß die Konservativen in ihrer großen Mehrheit für den § 1 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse stimmen werden. Aus den Reden der Sozialdemokratie spreche der Haß gegen die Landwirtschaft. Diese Abneigung wird erwidert. Wir haben uns bemüht, den Wertzuwachs auszuscheiden, der auf der eigenen Mitarbeit und Tätigkeit des Besitzers beruht. — Abg. Dr. v. Savigny (Zentr.) spricht für die Erhöhung der steuerfreien Grenzen beim Werte des Objekts von 2000 auf 3000 und von 5000 auf 10000 Mark. — Sodann wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Der Unfall des „U III".

Während andere Marinen, insbesondere die französische und die englische, schon eine ganze Reihe von Unfällen und Totalverluste von Unterseebooten zu verzeichnen haben, sind unsere deutschen Unterseeboote bisher von schweren Unfällen verschont geblieben. Das ist aber nicht besonders auffällig, denn Frankreich baut seit mehr denn zehn Jahren Unterseeboote und besitzt heute 60 fertige Boote und ebenso verfügt die englische Flotte heute über 68 fertige Boote, während unser erstes Unterseeboot von der Germaniawerft in Kiel — das heute „U 1" genannte Fahrzeug — im Jahre 1906 gebaut wurde und unsere Flotte erst seit dem vergangenen Herbste zwölf solcher Fahrzeuge zählt. Das, wie in voriger Nummer gemeldet, in der Heikendorfer Bucht innerhalb der Kieler Föhrde gesunkene Boot „U III" ist das dritte der Reihe. Das Versenken der Boote geschieht, wie die „L. N. N." berichten, durch Fluten, d. h. Vollaufenlassen der an der Außenhaut oder im Innern des Bootes angebrachten Schwimmkörper, die, will man wieder an die Oberfläche, vom Wasser entleert werden. Hier scheint nun der Mechanismus versagt zu haben. Das Boot lag mit vollen Abteilungen auf dem Grunde der Kieler Föhrde. Wenn das Boot mit Tauchmanövrieren beschäftigt ist, kann es vorkommen, daß der Unfall überhaupt nicht bemerkt wird, und daß erst stundenlang nachher das Verschwinden des Bootes auffällt. Unter solchen Umständen hat auch die Besatzung eines während einer Uebung gesunkenen französischen Unterseebootes jämmerlich umkommen müssen, da es ihr unmöglich war, ein Zeichen von ihrer verzweifelten Lage zu geben. Damals wurde bekannt, daß man in Frankreich beschlossen hatte, zur Sicherung der Unterseeboote gegen die Wiederholung eines solchen Unglücks den Fahrzeugen Telephonbojen mitzugeben, d. h. Schwimmkörper in der üblichen Bojenform, die das eine Ende eines Telephondrahtes tragen, dessen anderes Ende mit dem Apparat im Innern des Fahrzeugs verbunden ist. Ist es dem Boote infolge einer Havarie unmöglich, wieder an die Oberfläche zu kommen, so wird vom Innern des Bootes aus die Telephonboje gelöst, sie steigt an die Oberfläche und gibt somit durch ihr Erscheinen zunächst Kunde von dem Unfall. Hierauf kann man durch das Telephon sich mit der Besatzung verständigen und ein gemeinsames Zusammenwirken bei den Bergungsarbeiten ermöglichen. Zunächst ist nach der obigen Meldung das Hebeschiff „Vulkan" nach der Unfallstelle geholt worden. Die deutsche Marine ist die erste und einzige, die ein solches Bergungsschiff besitzt. Der „Vulkan" hat, nachdem die Liegestelle des gesunkenen Fahrzeugs genau ermittelt ist, sich darüber zu lagern und kann nun mit Stahltrossen, die durch Taucher an dem gesunkenen Boote befestigt werden, das Fahrzeug an die Oberfläche heben.

Ueber die Hebung des Bootes und die Rettung der Besatzung liegen folgende Meldungen vor:

Heikendorf, 17. Januar, 5 Uhr nachmittags. Das gesunkene Unterseeboot ragt bereits mit dem Vorderende aus dem Wasser, es wird von dem Schwimmkran Nr. 1 gehalten. Die Leute der Besatzung werden einzeln durch das Torpedo-Lancierrohr herausbefördert. Zehn Mann sind bereits geborgen, sie sind erschöpft, aber wohlbehalten.

Kiel, 17. Januar. Die 30 Mann starke Besatzung des Unterseeboots „U III" ist mit Ausnahme von vier Mann gerettet worden. Diese vier Mann befinden sich im Turme des Bootes, welcher zu ihrer Rettung erst gehoben werden muß.

Kiel, 18. Jan. Die aus der Affaire des Unterseebootes geretteten Mannschaften der Besatzung haben samt und sonders das Lazarett aufgesucht, zwei Mann mußten dabei von ihren Kameraden gestützt werden. Einer der Geretteten des gesunkenen Bootes schildert die Katastrophe folgendermaßen: Wir waren gerade im Begriff, über Wasser zu gehen, als wir merkten, daß das Schiff außer Manövriertätigkeit war. Zugleich drang das Wasser in die unteren Abteilungen ein. Trotzdem wir versuchten, den Schwebekiel los zu machen, gelang es nicht, wieder nach oben zu kommen. Die Mannschaften versammelten sich sofort an dem vorgeschriebenen Zufluchtsort. Im Kiel befanden sich Kapitänleutnant Fischer, Leutnant z. S. Kalbe und der Matrose Rieper. Von diesem Augenblick an konnten wir keine Verbindung mehr aufrecht erhalten. Die Telephonzelle, der wir uns bedienten, funktionierte zuerst ausgezeichnet; sie scheint später durch Versehen eines Matrosen defekt geworden zu sein. Später erhielten wir Luft von oben so lange zugepumpt, ohne welche wir es nicht hätten aushalten können, bis wir gerettet wurden.

Kiel, 18. Januar. Der Kreuzer „Augsburg" beleuchtet mit Scheinwerfern die Unglücksstelle des Unterseeboots „U III", damit die Bergungsarbeiten während der Nacht keine Unterbrechung erleiden. Prinz Heinrich weilte bis ½9 Uhr an der Unglücksstelle. Die geretteten 24 Mann wurden, da sie sehr erschöpft waren, sofort in das Lazarett gebracht. Ueber die Ursache der Katastrophe ist bisher nichts bekannt. Die geretteten Mannschaften können keine Auskunft darüber geben. Ein unkontrollierbares Gerücht besagt, daß „U III" von einem anderen Unterseeboot begleitet wurde und von diesem angerannt worden ist.

Kiel, 18. Januar. Heute früh 4 Uhr wurde das Unterseeboot „U III" gehoben und in die kaiserliche Werft eingeschleppt. Die noch darin befindlichen drei Personen: Kapitänleutnant Fischer, Leutnant Kalbe und Matrose Rieper, blieben bewußtlos, alle angestellten Wiederbelebungsversuche waren bisher erfolglos.